

LEONBERGER KREISZEITUNG

Schuldenbremse soll gelockert werden

Union und SPD haben erste Ergebnisse ihrer Sondierungen bekannt gegeben: Sie wollen demnach Milliardenkredite für Verteidigung und Infrastruktur auf den Weg bringen.

Union und SPD wollen Milliardenkredite für Verteidigung und Infrastruktur ermöglichen. Das kündigten die Verhandlungsteams nach drei Sondierungsrunden am Dienstagabend in Berlin an. Zum einen solle die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse für bestimmte Verteidigungsausgaben gelockert werden, sagte CDU-Chef Friedrich Merz. Außerdem solle ein Sondervermögen für die Instandsetzung der Infrastruktur mit 500 Milliarden Euro geschaffen werden.

„Angesichts der Bedrohungen unserer Freiheit und des Friedens auf unserem Kontinent muss jetzt auch für unsere Verteidigung gelten: whatever it takes“, sagte Merz. Deshalb sollten diejenigen Verteidigungsausgaben von der Schuldenbremse ausgenommen werden, die über einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen. Das sei aber nur zu verkraften, wenn die Wirtschaft binnen kürzester Zeit wieder auf einen stabilen Wachstumskurs zurückkomme. Dafür müsse die Infrastruktur verbessert werden. „Die notwendigen Mittel dazu können nicht allein aus den laufenden Haushalten des Bundes, der Länder und der Gemeinden finanziert werden“, sagte Merz.

SPD-Chef Lars Klingbeil nannte die Vereinbarungen „ein starkes Paket für Sicherheit“. Er sei mit dem Ergebnis der Gespräche



CDU-Chef Friedrich Merz (links) und SPD-Chef Lars Klingbeil bei der Pressekonferenz

Foto: dpa/Kay Niefeld

mit der Union zufrieden. Es sei „fest verabredet“, die Schuldenbremse nach dem Zusammenritt des neuen Bundestages zu überarbeiten. CSU-Chef Markus Söder sagte, der Beschluss bedeute „für die Sicherheit no limit“, also „keine Grenze“. „Wir rüsten komplett auf.“ Dies gelte sowohl militärisch als auch wirtschaftlich.

Aus dem Sondervermögen sollten laut Merz 100 Milliarden Euro für die Länder bereit gestellt werden. Ziel sei es, auch die Schuldenbremse für die Länder zu lockern, die bisher anders als der Bund auch nicht in geringfügigem Maße Schulden aufnehmen dürfen. Die Entscheidungen duldeten spä-

testens nach den jüngsten Entscheidungen der US-Regierung „keinen Aufschub“, so Merz.

Beide Beschlüsse sollen wegen der komplizierten Mehrheitsverhältnisse noch vom alten Bundestag getroffen werden. Der Haken: Allein haben Union und SPD auch dort nicht die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit für eine Grundgesetzänderung. Sie brauchen zumindest die Grünen, um sie zu verabschieden. Die stellen aber Bedingungen.

„Wir machen hier gar nichts auf Zuruf“, sagte die Grünen-Ko-Fraktionschefin im Bundestag, Katharina Dröge, in einer ersten

Reaktion in der ARD. Sie sehe zwar „schon Bewegung“ mit Blick auf Forderungen der Grünen, etwa bei der „dauerhaften Verschuldungsmöglichkeit“ bei Verteidigungsausgaben. Sie frage sich aber, warum das nicht auch bei den nötigen Investitionen für Infrastruktur passiert sei. Zudem müsse das Paket beim Klimaschutz „besser werden“, der bisher überhaupt nicht vorkomme.

Die Sondierungsgespräche sollen am Donnerstag und Freitag fortgesetzt werden, um weitere Entscheidungen bei Themen wie Haushalt und Migration zu treffen. dpa/AFP
- Weitere Berichte **Seiten 2, 4**
- Kommentar: Paket weckt Hoffnung **Seite 3**

Mercedes wird wetterfest



Der Konzern steht trotz Krise ordentlich da. Er tut gut daran, sich für eine andere Welt zu rüsten.

Von Klaus Köster

Auf den ersten Blick könnte man die Lage von Mercedes entspannt sehen. Der Gewinn ist zwar um ein Drittel zurückgegangen, der Umsatz bröckelt. Aber ist eine Rendite von mehr als acht Prozent im Fahrzeuggeschäft nicht genug? Muss ernsthaft ein neues Sparprogramm her?

Wer die auskömmliche Vergangenheit in die Zukunft fortschreiben will, unterliegt einem gefährlichen Trugschluss. Das Bild, das sich im Rückspiegel zeigt, stammt noch aus Zeiten, die unwiederbringlich verloren sind. Zwischen der Vergangenheit und dem, was vor der Frontscheibe immer näher rückt, öffnet sich eine Kluft, die breiter nicht sein könnte. Es ist die Fahrt in eine andere Welt.

Geopolitisch und wirtschaftlich wird China zum mächtvollen Rivalen. Früher nahm das Land S-Klassen zu fast jedem Preis ab, jetzt bekommt auch Mercedes dort kaum noch einen Fuß auf den Boden – besonders bei E-Autos. Auch auf Exportmärkten werden chinesische Firmen mit ihren geringen Kosten und ihrer rasanten technologischen Entwicklung zu Konkurrenten, die teilweise mehr als ebenbürtig sind.

Dass das E-Auto langsamer kommt als erwartet, stabilisiert einseitweilen die Beschäftigung, da Verbrenner-Jobs länger bleiben. Daraus zu schließen, die E-Mobilität sei ein Gespenst, das gerade wieder im Nichts verschwindet, wäre jedoch eine gefährliche Selbsttäuschung. Als wäre der ökonomische Druck nicht schon schmerzhaft genug, verschärft sich die geopolitische Lage schnell und auf kaum vorhersehbare Weise. Zollmauern symbolisieren die Entfremdung zwischen einstigen Handelspartnern, ohne die auch der künftige Erfolg von Mercedes undenkbar ist. Ein perfekter Sturm zieht auf.

Vorstand und Betriebsrat erliegen in dieser Phase nicht der Versuchung, in alten Erfolgen zu schwelgen. Vielmehr stellen sie sich den Entwicklungen, bevor sie sich mit voller Wucht auswirken können. Das zeugt von Verantwortungsbewusstsein. Entschlossenes Gegensteuern ist nicht nur für die Aktionäre, sondern auch für die Beschäftigten elementar. Denn wegbrechende Märkte wirken sich unmittelbar auf Jobs aus.

Kostensenkung allein, wie man sie nun beschlossen hat, ist aber kein Patentrezept für mehr Wettbewerbsfähigkeit. Diese hängt maßgeblich davon ab, ob man mit den Produkten den Nerv trifft. Doch ohne Wettbewerbsfähigkeit bei den Kosten sind alle anderen Bemühungen zum Scheitern verurteilt. Daher ist es gut, dass die Betriebsparteien betonen, dass das Sparprogramm nur ein – allerdings wesentlicher – Bestandteil der Sicherung des Unternehmens sein kann.

Der Vorstand geht mit der Verlängerung der Jobsicherung für fast zehn Jahre weit in Vorleistung – im Vertrauen auf ein gemeinsames Verständnis, dass sich die Zukunft am Ende nicht durch Papiere, sondern nur durch nachhaltige Erfolge sichern lässt.

Wohl auch aufgrund dieses Vertrauensvorschlusses fallen die Einschnitte moderat aus. Für die große Operation Zukunftssicherung werden bei der Belegschaft nur minimalinvasive Einschnitte vorgenommen. Angesichts der großen Zahl an Beschäftigten summieren sie sich aber für den Konzern zu einer spürbaren Entlastung.

Ob die Einsparungen ausreichen, entscheidet sich daran, ob Mercedes auch in der neuen Weltordnung einen Platz erkämpfen kann. Die Einigung auf das Sparprogramm und – viel wichtiger – ein gemeinsames Verständnis über den nötigen Teamgeist sind ermutigende Zeichen. Sie zeigen, dass die Verantwortlichen gewillt sind, sich in einer Welt zu behaupten, in der deutsche Besitzstände und die großen Erfolge der Vergangenheit nicht mehr viel wert sind.

Mercedes-Sparpläne: Jobgarantie gegen Lohnverzicht

Beschäftigungssicherung, Abfindungen, Nullrunde für Führungskräfte: Vorstand und Betriebsrat informieren über die Details der Einigung.

Von Veronika Kanzler und Klaus Köster

Der Stuttgarter Autohersteller Mercedes-Benz will mit einem umfangreichen Sparprogramm seine Wettbewerbsfähigkeit erhöhen. So sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, um die verschärften Herausforderungen auf den Weltmärkten besser meistern zu können. Jetzt steht fest, wie die Mitarbeiter von den Sparbemühungen betroffen sein werden.

In einem Videostatement kündigten Konzernchef Ola Källenius und Betriebsratschef Ergun Lümalı an, dass im Jahr 2025 nur die Hälfte der Tarifierhöhung weitergegeben wird. Sparen will das Unternehmen auch

durch ein umfangreiches Programm zum Abbau von Personal, das aus freiwilligen Abfindungsangeboten für Beschäftigte in der Verwaltung besteht. Zudem will der Konzern die Flexibilität des Personalabbaus durch mehr Zeitarbeit und die Vergabe von Aufträgen an Drittfirmen erhöhen. Mitglieder der IG Metall sollen erstmals verbindlich besser gestellt werden; sie sollen in der Regel einen zusätzlichen freien Tag pro Jahr erhalten. Das Unternehmen sagte vertraglich zu, die laufende Beschäftigungssicherung für 91 000 Tarifbeschäftigte in Deutschland um fünf Jahre bis Ende 2034 zu verlängern.

Auch das Management soll sparen und muss in diesem Jahr eine Nullrunde bei der

Grundvergütung hinnehmen; aufgrund schwacher Geschäftszahlen ist überdies mit sinkenden Bonuszahlungen zu rechnen. Angesichts neuer Wettbewerber „können wir nicht so weitermachen wie bisher“, sagte Källenius. Das mit dem Betriebsrat vereinbarte Paket senke die Personalkosten und erhöhe die Flexibilität.

Lümalı erklärte, man sei sich mit der Unternehmensleitung darin einig, dass die Wettbewerbsfähigkeit angesichts historisch einmaliger Herausforderungen nachhaltig gestärkt werden müsse. Dafür müssten jedoch „alle ihren Beitrag bringen – vom Vorstand bis zu den Beschäftigten“. Man habe



Ergun Lümalı
Foto: dpa/Weissbrod



Ola Källenius
Foto: dpa/Carstensen

die „einseitigen Forderungen des Unternehmens, die die Personal- und Arbeitskosten drücken sollten, entschieden abgelehnt“.

Für das abgeschlossene Geschäftsjahr wird der Konzern den Tarifbeschäftigten in Deutschland eine Ergebnisbeteiligung von 5220 Euro zahlen. Lümalı zufolge konnte der Betriebsrat die Forderung abwenden, diese Sonderzahlung 2025 deutlich zu kürzen. Die Betriebsvereinbarung über die Ergebnisbeteiligung bei Mercedes läuft jedoch aus. Für die Geschäftsjahre ab 2026 gibt es keine Regelung mehr, die einen Anspruch auf eine Ergebnisbeteiligung enthält.
- Weitere Berichte **Seite 9**

Menschen sparen

STUTTGART. Die Dauerkrise prägt das Konsumverhalten der Menschen. Nach dem aktuellen BaWi-Check im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen schränken sich 60 Prozent von mehr als 1000 Befragten vor allem bei Restaurantbesuchen ein. Jeder Zweite steckt beim Urlaub zurück. **Seite 6**

Wetter Seite 28

Mittwoch 15°/- 3°
Donnerstag 17°/- 2°
Freitag 17°/0°

Börse Seiten 12, 13

● Dax 22326,81 Punkte (- 3,54 %)
● M-Dax 28038,73 Punkte (- 3,28 %)
● Euro 1,0557 Dollar (Vortag: 1,0465)

Ausführliches Inhaltsverzeichnis Seite 2

Selenskyj geht auf Trump zu

Der ukrainische Präsident schlägt eine Teil-Waffenruhe vor und bedauert den Eklat. Zuvor hat der US-Präsident die Militärhilfe eingefroren.

Vier Tage nach dem Eklat im Weißen Haus versucht der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj, die Situation zu entschärfen. „Es ist bedauerlich, dass es so passiert ist. Es ist Zeit, die Dinge in Ordnung zu bringen“, schrieb er auf der Plattform X. Er sei bereit, unter Donald Trumps „starker Führung“ daran zu arbeiten, den Krieg schnell zu beenden. Zudem sei er bereit, das Rohstoffabkommen jederzeit und in jeder Form zu unterzeichnen. Zuvor war bekanntgeworden, dass die USA ihre Militärhilfe für die Ukraine vorerst einstellen.

Selenskyj besteht zwar weiter auf Sicherheitsgarantien, stellte diese aber nicht mehr als eine Voraussetzung für erste Schritte hin zu einem Friedensvertrag dar. Vielmehr griff er eine Initiative des französischen Präsi-

denten Emmanuel Macron auf, der einen Teilwaffenstillstand in der Luft und zur See vorschlug. Die Ukraine sei zu einem sofortigen Waffenstillstand zu Wasser und zur Luft bereit. Voraussetzung sei, dass Russland sich ebenfalls dazu verpflichtet.

Selenskyjs Äußerungen sind eine Reaktion auf die Forderung des Weißen Hauses nach einer Entschuldigung, nachdem sich Selenskyj mit Trump und US-Vizepräsident J. D. Vance vor laufenden Kameras gestritten hatten. Selenskyj hatte zunächst eine Entschuldigung verweigert.

Vor seinem Eintrag bei X wurde allerdings bekannt, dass die USA ihre Waffenlieferungen einfrieren. Nach Medienangaben betrifft der von Trump mit sofortiger Wirkung verhängte Lieferstopp Waffen und Munition im

Wert von mehr als einer Milliarde US-Dollar, die bereits in der Auslieferung oder bestellt worden sind.

Unterdessen hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zwei Tage vor einem EU-Krisengipfel für Ukraine einen „Plan zur Wiederaufrüstung Europas“ vorgeschlagen. Der Fünf-Punkte-Plan umfasst eine Lockerung der Schuldenregeln sowie Anreize zur Steigerung der Verteidigungsausgaben. Insgesamt könne Europa so „nahezu 800 Milliarden Euro“ mobilisieren, sagte von der Leyen. Damit könne die EU sofort ihre Militärhilfe für die Ukraine steigern.

Europa sei mit einer „klaren und gegenwärtigen Gefahr“ konfrontiert, wie sie „keiner von uns in seinem Leben gesehen hat“, schrieb von der Leyen an die europäischen Staats- und Regierungschefs. Mit dem Vorstoß will sie auch ein Zeichen der Entschlossenheit gegenüber den USA setzen. AFP/dpa
- Weitere Berichte **Seiten 2, 4**

